

Andreas Koch  
Mohrenstr. 25 E  
99867 Gotha

Bundeskanzleramt  
Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Gotha, 16.02.2010

### **Solidarisches Gesundheitssystem darf nicht zerstört werden**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

zuerst möchte ich mich bei Ihnen für das Antwortschreiben vom 19.08.2009 bedanken, dass mir Frau Christiane Loosen in Ihrem Auftrag geschrieben hat. Ich habe mich sehr über den Inhalt gefreut.

Auch nach meinem krankheitsbedingten Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben und unserem Umzug in unsere Heimatstadt Gotha möchte ich nicht unpolitisch bleiben. Deshalb wende ich mich heute mit einer Bitte an Sie.

Lassen Sie bitte nicht zu, dass unser solidarisches Gesundheitssystem einer Kopfpauschale geopfert wird. Das wäre zugleich der Einstieg in eine Mehrklassenmedizin. Der Gesundheitsminister der FDP, Herr Rösler, verspricht den Besserverdienenden eine Kopfpauschale, die sicher unterhalb eines Beitrages entsprechend der Beitragsbemessungsgrenze liegt. Gesundheitsexperten rechnen entsprechend Medienberichten mit einem einheitlichen Beitrag in Höhe von 170 Euro. Das würde in erster Linie zu einer Entlastung der Besserverdienenden führen. Im Gegenzug würden die unteren Einkommensgruppen, zu denen auch Rentner gehören, einen höheren Krankenkassenbeitrag als bisher zahlen. Ich bekomme aufgrund einer relativ guten Erwerbsbiographie [REDACTED] Euro Netto Rente wegen voller Erwerbsminderung. Viele Rentnerinnen und Rentner bekommen jedoch weit aus weniger Rente als ich und müssten dann einen weit höheren Krankenkassenbeitrag als bisher zahlen.

Schon bei mir würde die Differenz zu der möglichen Kopfpauschale in Höhe von 170 Euro zum gegenwärtigen Krankenkassenbeitrag in Höhe von [REDACTED] Euro zuzüglich [REDACTED] Euro Pflegeversicherung zu deutlichen Einkommenseinbußen führen. Bei einer niedrigeren Rente wären die Einkommenseinbußen durch eine solche Kopfpauschale weit aus höher.

Nun soll nach dem Vorschlag von unserem Gesundheitsminister, Herrn Rösler, für sozial Schwache die höhere Belastung durch ein aufwendiges Verwaltungssystem sozial ausgeglichen werden. Aber wer gehört zu den sozial Schwachen? Und da aufgrund des Schuldenberges kein oder nur wenig Geld für Entlastungen vorhanden ist, würde sicher nicht nur ich keine Entlastung für einen dann höheren Krankenkassenbeitrag erhalten.

Dieser Ausgleich würde zudem hohe Kosten für den ohnehin überschuldeten Staat verursachen. Immer wenn der Staat sparen muss – und das muss er zukünftig noch mehr –, würde dann der Ausgleich für die sozial Schwachen und unteren Einkommensgruppen auf den Prüfstand kommen und entsprechend gekürzt. Die sozial Schwachen und unteren Einkommensgruppen würden in diesem Fall noch mehr aus eigener Tasche finanzieren müssen. Der lahrende Konsum würde damit zugleich weiter geschwächt.

Generell würde die Einkommensschere größer werden. Auch die durch die Gewerkschaften erkämpften prozentualen Lohn- und Gehaltssteigerungen würden bei einer gleichen Kopfpauschale für alle die Differenz zwischen den oberen und unteren Lohn- und Gehaltsgruppen weiter vergrößern. Schon jetzt stellt sich die Frage, ob die Gewerkschaften durch prozentuale Lohn- und Gehaltssteigerungen die Einkommensschere immer weiter auseinander driften lassen. Aber bisher wurde dieser Umstand durch die solidarische einkommensabhängige Beitragsfinanzierung der Sozialversicherungssysteme etwas abgemildert.

Es müssen in unserem Land generell Strategien entwickelt werden, wie das Auseinanderdriften der Einkommensschere gebremst werden kann und nicht, wie man sie durch eine Kopfpauschale weiter verschärft. Das kann nicht Sinn und Zweck einer Gesundheitsreform sein.

Ziel einer Gesundheitsreform muss es sein, für alle einen ungehinderten Zugang zu den Leistungen der Krankenkassen zu gewährleisten, das System von Bürokratie und Verwaltungskosten zu entschlacken. Dazu folgende Vorschläge:

Ich halte es für sinnvoll, wenn im Gesundheitswesen mehr Einrichtungen nach dem Vorbild der ehemaligen Polikliniken geschaffen würden. Doppeluntersuchungen könnten somit reduziert und die Patientenverwaltung effizienter gestaltet werden. Zugleich müsste nicht mehr jeder Arzt über zu viel Hardware zur Untersuchung der Patienten verfügen und müsste nicht versuchen, diese wegen der Amortisation maximal – sondern nur entsprechend dem tatsächlichen Bedarf – auszulasten. Auch für die Patienten wären mehr solcher zentralen Einrichtungen von Vorteil. Sie müssten nur noch in ein Patientenhaus und nicht mehr zu mehreren Ärzten an verschiedenen Orten gehen. Viele Kranke sind in ihrer Bewegungsfähigkeit sehr eingeschränkt und nicht immer mobil.

Auch die Krankenkassen könnten durch weitere Fusionen helfen, Kosten zu sparen. Warum müssen wir so viele Krankenkassen mit eigenen Verwaltungsapparat haben? Und jede Krankenkasse ist damit beschäftigt, anderen Krankenkassen die Mitglieder abzugeben. Ich habe sogar seinerzeit von meiner Krankenkasse eine Prämie dafür erhalten, dass ich doch nicht zu einer Kostengünstigeren gewechselt bin. Damit niemand hinter diese Kopfgeldprämie kam, wurde mit mir ein Beratervertrag mit entsprechendem Honorar abgeschlossen, dass die Differenz zwischen dem höheren und dem niedrigeren Beitragssatz bis zur Einführung des einheitlichen Beitragssatzes ausglich. Wenn ich richtig darüber nachdenke, haben andere und ich diese Kopfgeldprämie durch den Krankenkassenbeitrag finanziert. Mit der Erhebung von Zusatzbeiträgen einiger Krankenkassen sehe ich ähnliche Probleme wieder auf uns zukommen. So darf aber ein Gesundheitssystem nicht funktionieren.

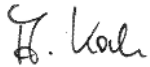
Es darf auch nicht sein, dass die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenkassen regelrecht auf Kunden warten. Wenn beispielsweise vormittags 4-5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf warten, dass jemand die Geschäftsstelle betritt, ist dass zwar einerseits zu begrüßen, denn man kann sich aussuchen, von wem man sich beraten lässt. Andererseits ist eine Auslastung des Personals in diesem Fall nicht gewährleistet, was

sich im Anteil der Verwaltungskosten widerspiegeln dürfte. Die üppige Personalausstattung meiner Krankenkasse ist mir nun schon in 2 Städten aufgefallen. Hier sehe ich ein großes Einsparungspotential bei den Krankenkassen.

Das Hauptanliegen meines heutigen Schreibens ist jedoch die Bitte, das solidarische Gesundheitssystem zu erhalten und nicht einer Kopfpauschale mit all ihren Tücken zu opfern.

Ich hoffe, dass mein Schreiben jedoch auch verwertbare Hinweise für die Diskussion um eine notwendige Gesundheitsreform enthält und verbleibe

Hochachtungsvoll

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Koch'.

Andreas Koch